

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

vom:	19.09.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.15 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz - als Vorsitzender
AM Bialowons-Sting, Eva-Marie
AM Dittrich, Karl-Heinz
Stv Eberlein, Klaus-Peter - für Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gelber, Gunther
Stv Gierlich, Michael
AM Kamieth, Jens - für Stv Mues, Steffen bis TOP 12
AM Kessler, Irene
AM Löwenberg, Horst
Stv Schneider, Manfred
AM Semper, Manfred - für Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Zips, Joachim

II. Beratende Mitglieder:

AM Bosch, Erna
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:in im nichtöffentlichen Teil:

Stv Flohren, Angelika

IV. Vom Personalrat:

StAI Müller
VA Fronius

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel, Ulf
Städt. OVR Lehmann
VA Bernshausen
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Wehler

VA Pauke
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Gerlach, Heinrich
Stv Mues, Steffen
Stv Schwarz-Schumann, Helga

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. **Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (GRÜNE)**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Löwenberg bestimmt.

3. AfPOF 19.09.2000

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.05.2000**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. AfPOF 19.09.2000

3. **Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

3. AfPOF 19.09.2000

4. **Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

3. AfPOF 19.09.2000

5. **Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - „Gender Mainstreaming“ -
Politikrahmen zur Verbesserung der Lebens- und Berufschancen von Frauen**

Vorlagenr. 660/00 - Vorlage vom 29.08.2000

- ❖ ❖ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt die neuen Regelungen zur integrierten Umsetzung von Frauenförderung als Querschnittsaufgabe - Stichwort "Gender Mainstreaming" - zur Kenntnis.

3. AfPOF 19.09.2000

6. **Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - Umsetzung Landesgleichstellungsgesetz NRW**

hier:

Daten zur Beschäftigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen 1997/1999

Vorlagenr. 670/00 - Vorlage vom 04.09.2000

Die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zu, so Herr Schneider. In der Praxis wird jedoch nur eine geringfügige strukturelle Veränderung mit dem Ziel der Gleichstellung aufgrund des geringen Nachwachsens von geeigneten Stellen zu erreichen sein. Er weist darauf hin, dass in den Graphiken die Zahlen nicht vergleichbar sind und nicht mit dem Stellenplan übereinstimmen. Die Vorlage sollte diesbezüglich überarbeitet werden. Eine Differenzierung zwischen der Beschäftigung von Beamtinnen/Beamten und Angestellten kann seines Erachtens entfallen. Er regt an, die Daten mit der gleichen Zielrichtung komprimierter darzustellen.

Herr Gierlich versteht die in den Graphiken dargestellten Zahlen als Angaben über Personen und nicht über Stellen. Einzelheiten zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe werden im Rahmen der Beratung des Frauenförderplanes zu diskutieren sein.

Frau Dellori teilt die Einschätzung, dass der Spielraum für Veränderungen sehr gering ist. Daher sollte jede Möglichkeit zur Strukturverbesserung genutzt werden. Auf die Frage von Herrn Löwenberg zu Vergleichswerten aus anderen Städten führt sie aus, dass z. B. in den Landesbehörden ein Anstieg der Teilzeitstellen bei qualifizierten Arbeitsplätzen zu verzeichnen ist. Diesbezüglich ist ihres Erachtens ein Nachholbedarf u. a. für Berufsrückkehrerinnen nach der Familienpause gegeben. Es sind durchaus gute Ansätze vorhanden, die jedoch bewusster gemacht werden müssen.

Herr Lehmann merkt an, dass die Verwaltung bemüht ist, in diesem Bereich im Rahmen der Gegebenheiten zu zufriedenstellenden Ergebnissen zu kommen.
Die Diskussion über die Möglichkeit, bei Teilzeitstellen mit weniger als der halben Wochenarbeitszeit Berufsrückkehrer/innen auch unterhalb der ursprünglichen Eingruppierung zu beschäftigen, ist noch nicht abgeschlossen.

Frau Nauck sieht in der Verbesserung der Beschäftigungssituation für Frauen auch eine gesellschaftspolitische Fragestellung. Angesichts der sehr unterschiedlichen Vergütungsstrukturen zwischen Männern und Frauen hält sie eine Beschäftigungsquote von 50:50 für wenig realistisch. Dennoch sollte das Ziel mit kleinen Schritten weiter verfolgt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt als Fachausschuss den Bericht zur Beschäftigungssituation zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen die Verwaltung zu beauftragen, auf dieser Grundlage einen Frauenförderplan entsprechend den Ratsbeschlüssen vom 24.11.1999 und 21.03.2000 zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG) vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. AfPOF 19.09.2000

7. Produkt/Leistung 0410 Frauenförderung- Berichtswesen/Controlling zum 30.06.2000

Vorlagenr. 673/00 - Vorlage vom 31.07.2000

Herr Schneider und Herr Gierlich betonen, dass der Bericht die vielfältigen Aktivitäten der Gleichstellungsstelle mit sehr guten Ergebnissen nachweist.

- ❖ ❖ Im Rahmen des für die Stadtverwaltung geltenden Berichtwesens nimmt der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung als Fach-ausschuss den Zwischenbericht zur Arbeit der Gleichstellungsstelle zum Stand 30.06.2000 zur Kenntnis.

3. AfPOF 19.09.2000

**8. Personalausgaben SN A 2000
Finanzielle Auswirkung der Tarifierhöhung und Hochrechnungsergebnis für 2000**

Vorlagennr. 674/00 - Vorlage vom 29.08.2000

Herr Schneider hält eine Hochrechnung der sog. unsteten Lohnbestandteile auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre für machbar. Er weist darauf hin, dass wiederholt in den Budgetberichten keine Aussagen zur Aufteilung der Personalkosten in den einzelnen Bereichen gemacht werden können. Dies erschwert eine Einschätzung der Kostenentwicklung. Er bittet, diese Frage aufzugreifen.

Herr Lehmann räumt ein, dass die Kalkulation der unsteten Lohnbestandteile in Teilbereichen mit einer besseren Technik möglich sein müsste. Die Frage der SN A-Darstellung wird er mit den Fachbereichsleitungen erörtern.

- ❖ ❖ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Bericht zu den finanziellen Auswirkungen der Tarifierhöhung und zum Hochrechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2000 zur Kenntnis.

3. AfPOF 19.09.2000

**9. Bericht zum Haushaltsvollzug im Budgetbereich Fachbereich 2 /
Stand 30.06.2000**

Vorlagennr. 675/00 - Vorlage vom 07.09.2000

- ❖ ❖ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. AfPOF 19.09.2000

10. Altersteilzeit für Beamtinnen/Beamte

Vorlagennr. 676/00 - Vorlage vom 05.09.2000

Herr Löwenberg bedauert den Verwaltungsvorschlag, da die Altersteilzeitregelung unter dem beschäftigungspolitischen Ansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Arbeitskräfte eingerichtet wurde. Diesem Anspruch wird die vorgeschlagene Alternative 3 nicht gerecht. Daher wird er sich der Stimme enthalten.

Herr Schneider merkt an, dass angesichts der Haushaltskonsolidierung zunächst nur die von der Verwaltung vorgeschlagene Alternative in Betracht kommt, der die SPD-Fraktion zustimmen wird. Im Gegensatz zu Herrn Löwenberg sieht er unter den gegebenen Umständen eine soziale Abfederung der freizustellenden Mitarbeiter-innen und Mitarbeiter als primäre Aufgabe. Dennoch sollte sich der Ausschuss einer Änderung im Falle besserer finanzieller Bedingungen nicht verschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einführung der Altersteilzeitregelung für Beamtinnen/Beamte entsprechend der in der Vorlage dargestellten Alternative 3 rückwirkend zum 01.09.2000.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3. AfPOF 19.09.2000

11. Sozialarbeit an Hauptschulen

hier:

Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen vom 03.11.1998

Vorlagenr. 678/00 - Vorlage vom 31.08.2000

Herr Lehmann unterstreicht den hohen Stellenwert der Schulsozialarbeit aus Sicht der Verwaltung, macht aber auch deutlich, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeit gesehen wird, den städtischen Eigenanteil bei der Einrichtung der ABM-Stelle zu finanzieren.

Er weist auf die ergänzend vorgelegten Unterlagen zum Nachtragsstellenplan hin, wonach die befristete Fortführung der Schulsozialarbeit im bestehenden Umfang bis zum 31.07.2001 sichergestellt ist. Darüber hinaus werden andere Lösungsvarianten untersucht. Er betont, dass die Verwaltung verpflichtet ist, die entsprechenden Arbeitsverträge abzuschließen und Stellen zur Verfügung zu stellen.

Es ist nicht ersichtlich, so Herr Schneider, aus welchem Grund kurzfristig eine Entscheidung getroffen werden muss. Die SPD-Fraktion beantragt daher, den Punkt abzusetzen, eine erneute Beratung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen abzuwarten, die entsprechenden Positionen aus dem Nachtragsstellenplan herauszunehmen und in den Stellenplan 2001 einzuarbeiten.

Hinsichtlich der ABM-Stelle schließt sich Herr Löwenberg der Auffassung seines Vorredners an. Er hält es für erforderlich zu klären, inwieweit eine Förderung von mehr als 75% möglich ist.

Zur Umwandlung der Honorarstellen für Schulsozialarbeit verweist er auf die in der Sitzung schriftlich vorgelegten Anregungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einzelnen Positionen der Kostenermittlung und der Stellenberechnung. Seine Fraktion will den Status quo erhalten. Die von der Verwaltung beschriebenen Mehrkosten sind in Frage zu stellen, da die Schulsozialarbeit vielfach von Studentinnen/ Studenten und geringfügig Beschäftigten durchgeführt wird.

Die UWG-Fraktion spricht sich ebenfalls dafür aus, die Entscheidung zu verschieben, so Frau Bialowons-Sting.

Es besteht Einvernehmen darüber, so Herr Gierlich, dass Schulsozialarbeit durchgeführt werden soll. Hinsichtlich der Beschäftigung von Honorarkräften sind nunmehr aus arbeitsrechtlichen Gründen Änderungen erforderlich. Die CDU-Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag, insbesondere mit dem Hinweis auf die Ergänzungsvorlage zum Nachtragsstellenplan, folgen.

Frau Nauck spricht sich auch für eine Rückverweisung an die Fachausschüsse aus, da der Sachverhalt in vielen Punkten unklar ist.

Beschluss (über den Antrag von Herrn Schneider):

Die Entscheidung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschlussvorschlag (gem. Vorlage):

Der Rat beschließt die Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen vom 03.11.1998 zur Einrichtung einer ABM- Stelle für eine Sozialarbeiterin / einen Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogin / Sozialpädagogen zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen, 0 Enthaltungen

3. AfPOF 19.09.2000

12. Stellenplan 2000; 1. Nachtragsstellenplan

Vorlagenr. 677/00 und 677/00 A
- Vorlagen vom 05.09. und 18.09.2000 (Tischvorlage)

Herr Dr. Holzäpfel begrüßt den Nachtragsstellenplan und insbesondere den Vor-schlag zur Eingruppierung der Fachbereichs- und Abteilungsleitungssekretärinnen, der zu einer guten Zusammenarbeit beiträgt und dankt den Beteiligten für diese Lösung.

Herr Löwenberg schließt sich dem Dank an. Dem Nachtragsstellenplan kann er in der Form der Ergänzungsvorlage zustimmen. Hinsichtlich der Stellen für Schulsozialarbeit möchte er den Status quo beibehalten und hofft, dass aus der Praxis heraus eine politisch und finanziell verträgliche Lösung gefunden werden kann. Er bittet, in der nächsten Sitzung über die durch die Umwandlung der Honorar-stellen entstehenden tatsächlichen Mehrkosten zu informieren.

Die SPD-Fraktion wird dem Nachtragsstellenplan einschließlich der 7,54 Stellen für die Durchführung der Schulsozialarbeit zustimmen, so Herr Schneider, hält es aber für erforderlich, über die Befristung dieser Stellen noch einmal im Fachausschuss zu diskutieren. Bezug nehmend auf die Einrichtung einer der zusätzlichen Stelle im FB 7/5 bittet er, von der Befristung abzusehen, um eine Kontinuität in der Planung zu erreichen. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang, weshalb keine zusätzliche Stelle im FB 7/1 vorgesehen ist.

Auf die Frage von Herrn Schneider zu den Mehrstellen im Fachbereich 5 (Wohnen) erläutert Herr Lehmann, dass in Anbetracht der aktuellen Situation eine Personal-verstärkung notwendig ist. Diese hat aber keine finanziellen Auswirkungen, da Stellen aus einem anderen Bereich verlagert werden. Die Einrichtung und Befris-tung der neuen Stelle im FB 7/5 ist Maßnahmebezogen. Durch den Einsatz neuer EDV-Verfahren soll eine Personalausweitung vermieden werden.

Herr Stötzel ergänzt, dass vor der Durchführung einer Organisationsuntersuchung die Entwicklung im FB 7 im Hinblick auf den Einsatz neuer Planungssoftware abzu-warten ist.

Herr Gierlich merkt an, dass die Befristung der Stellen für Schulsozialarbeit aus sachlichen und rechtlichen Gründen erforderlich ist. Den Hinweis von Herrn Löwenberg zur Beschäftigung von Studentinnen/Studenten oder Personen, die einen steuerrechtlichen Freistellungstatbestand erfüllen, hält er für problematisch, da der Kreis der Beschäftigten in der Praxis nicht eingeschränkt werden kann.

Der Einrichtung der zusätzlichen Stellen im FB 5/5 kann er nach den Erläuterungen von Herrn Lehmann zustimmen.

Herr Schneider weist darauf hin, dass dem Antrag der SPD-Fraktion im Bauaus-schuss, in den Fachbereichen 7 und 8 eine Organisationsuntersuchung vorzu-nehmen, mehrheitlich zugestimmt wurde. Daher bittet er nachdrücklich, auch unter Einbeziehung der technischen Verbesserungen, diese Untersuchung vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den 1. Nachtragsstellenplan 2000 gemäß Anlage zur Vorlage 677/00 A.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. AfPOF 19.09.2000

**13. Neuorganisation der Stadtverwaltung Siegen
- Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells -**

Vorlagenr. 679/00 - Vorlage vom 07.09.2000

Herr Schneider merkt an, dass die umfangreiche Vorlage in der Kürze der Zeit in seiner Fraktion nicht aufgearbeitet werden konnte und bittet, die Beratung als erste Lesung zu verstehen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion bedeutet der Verzicht auf die Weiterführung des Haushaltsbuches einen Rückschritt und ist sehr bedauerlich. Die darin enthaltenen Informationen über die Entwicklung einzelner Bereiche sind als Entscheidungsgrundlage von großer Bedeutung. Die Formulierung und Überprüfung von Zielen für bestimmte Produkte wird künftig erheblich erschwert.

Bezug nehmend auf die Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells hält er fest, dass die Vorlage Stärken und Schwächen aufzeigt, gravierende Änderungen aber nicht festzustellen sind. Überraschend ist aus seiner Sicht, dass angesichts der Kritik in der Vergangenheit die Aufbauorganisation in den Führungsebenen nicht geändert wurde. Zu begrüßen ist die Zentralisierung der klassischen Organisationsarbeit und die verstärkte Schulung der Führungskräfte. Eine Verbesserung des Beurteilungswesens wird seines Erachtens nur in Verbindung mit einer Leistungsbewertung erfolgreich sein. Abschließend betont er, dass die mit der Einführung des neuen Steuerungsmodells verbundene Intensivierung der Bürgernähe weiter verfolgt werden sollte.

Herr Stötzel macht deutlich, dass das neue Steuerungsmodell mit Blick auf das Realisierbare weiter entwickelt und in angemessener Form umgesetzt werden muss. Dies gilt auch für die Organisationsstrukturen. Die wichtigste Zielvereinbarung zwischen Rat und Verwaltung ist der Haushalt mit den konkreten Arbeitsaufträgen. Auf dieser Grundlage ist am Ende eines Jahres Bilanz zu ziehen.

Herr Gierlich führt aus, dass die mit der Einführung des Haushaltsbuches angestrebten Ziele nicht transparent geworden sind. Auch bei der Schulung der Führungskräfte war dies seinerzeit nicht erkennbar. Die Bezeichnung der Führungsebenen ist seines Erachtens nachrangig. Wichtiger ist die konkrete Zuweisung von Aufgaben und Kompetenzen und deren Erfüllung. In diesem Bereich zeichnet sich eine behutsame Korrektur ab. Er hofft, dass diese stetig fortgeführt und eine

positive Weiterentwicklung bewirken wird. Der Wegfall der Lenkungsgruppen ist nachvollziehbar. Regelmäßige zeitnahe Beurteilungen sind im Hinblick auf den Bewährungsaufstieg und mögliche Konkurrentenklagen von Bedeutung. Die CDU-Fraktion begrüßt die Verwaltungsvorlage und wird dem Vorschlag unter Ziffer 2 zustimmen.

Herr Löwenberg erklärt zu Protokoll, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vorlage in Teilbereichen nicht mittragen wird, da u. a. keine Gelegenheit zur Diskussion der einzelnen Punkte zwischen Verwaltungsführung und Politik bestand. Wenn der Prozess durch die Politik mit begleitet und getragen werden soll, ist eine Einbeziehung erforderlich. Er beantragt daher, eine begleitende Arbeitsgruppe einzurichten. Wenn die Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells jedoch als Geschäft der laufenden Verwaltung betrachtet wird, ist ein jährlicher Sachstandsbericht zur Kenntnis ausreichend. Er hält fest, dass der vorgelegte Bericht aus seiner Sicht im Wesentlichen einen Rückschritt zum alten Modell beinhaltet. Mittelfristig stellt sich z. B. die Frage, ob die Beibehaltung der Fachbereichsebenen sinnvoll ist, wenn diesen wesentliche Kompetenzen, z. B. in Personalfragen, entzogen werden.

Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund über die Aufgabe des Haushaltsbuches eine Ratsentscheidung herbeigeführt werden soll, nicht aber z. B. über den Wegfall der Lenkungsgruppen.

Für die F.D.P.-Fraktion sind die Vorteile des neuen Steuerungsmodells nicht erkennbar, so Frau Nauck. Sie befürwortet den Wegfall der Lenkungsgruppen und des Haushaltsbuches sowie die Reduzierung der Controllerstellen. Die Rückkehr zur Ämterstruktur wäre zu begrüßen, da die Entwicklung nach ihrer Einschätzung auch bei den Beschäftigten nicht unbedingt auf eine positive Resonanz gestoßen ist.

Frau Bialowons-Sting hält es für erforderlich, die einzelnen Punkte in den nächsten Sitzungen im Detail zu betrachten. Hinsichtlich der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche wäre ihres Erachtens eine Durchführung unterhalb der Abteilungsleitungsebene und eine entsprechende Schulung der Vorgesetzten wünschenswert.

Bezug nehmend auf die Anmerkung von Herrn Löwenberg zum Verzicht auf das Haushaltsbuch macht Herr Stötzel deutlich, dass es sich zunächst um eine Empfehlung des Ältestenrates handelt und der Rat bzw. der Haupt- und Finanzausschuss festlegen sollte, mit welcher Form von Unterlagen er arbeiten möchte. Die Organisation der Verwaltung ist ausschließliche Aufgabe des Bürgermeisters. Er hält es für sinnvoll, die Anregungen und Bedenken aus dem politischen Bereich aufzunehmen. Dies kann aber nicht bedeuten, dass in der Verwaltung gemeinsam erarbeitete und abgestimmte Konzepte noch einmal grundlegend zur Diskussion zu stellen. Er bietet an, künftig zeitnah über die Weiterentwicklung zu berichten.

Bezug nehmend auf den Antrag von Herrn Löwenberg zur Einrichtung einer begleitenden Arbeitsgruppe regt Herr Dr. Holzäpfel an, zunächst Überlegungen über die Art und Weise der Beteiligung nachzudenken und heute keinen Beschluss zu fassen.

Herr Löwenberg ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen nimmt die "Weiterentwicklung des neuen Steuerungsmodells" gemäß Anlage zur Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, ab dem Haushaltsjahr 2001 zu den Haushaltsberatungen als alleinige Beratungs- und Beschlussgrundlage den Haushaltsplan in bisheriger Form als alleiniger Beratungs- und Beschlussgrundlage vorzulegen.

Beratungsergebnis zu Ziff 2: 6 Stimmen dafür, 5 dagegen, 1 Enthaltung

3. AfPOF 19.09.2000

**14. Technikunterstützte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Siegen;
Änderung der Rechtsform der Kommunalen Datenzentrale Westfalen-Süd**

Vorlagenr. 682/00 - Vorlage vom 17.08.2000

Zur Frage von Herrn Schneider erklärt Herr Stötzel, dass nach wie vor verwaltungs-spezifische Einzellösungen möglich sind.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Zur Bildung eines Zweckverbandes beschließt der Rat der Stadt Siegen gemäß § 9 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01.10.1979 (GV NW S. 621 / SGV NW 202) in der jeweils gültigen Fassung anstelle der bisherigen "Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer kommunalen Datenzentrale durch den Kreis Siegen" mit den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein sowie den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Attendorn, Bad Berleburg, Bad Laasphe, Burbach, Drolshagen, Erndtebrück, Finnentrop, Freudenberg, Hilchenbach, Kirchhundem, Kreuztal, Lennestadt, Netphen, Neunkirchen, Olpe, Wenden und Wilnsdorf die Satzung des Zweckverbandes "Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd" in der Fassung, die der Vorlage als Anlage beigefügt ist.

Die Stadt Siegen entsendet gemäß § 6 der Zweckverbandssatzung vier Vertreter in die Zweckverbandsversammlung. Neben dem Bürgermeister und einem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten werden noch zwei politische Vertreter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus der Mitte des Rates bestellt.

Danach wird die Stadt Siegen in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Mitglied:

Bürgermeister Ulf Stötzel

FBL 2 Wolf R. Lehmann

1 Mitglied der CDU

1 Mitglied der SPD

Stellvertreter:

I. Beig Reinhold Baumeister

FB 2, Martin Wagner

1 Mitglied der CDU

1 Mitglied der SPD

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. AfPOF 19.09.2000